

Hannover, den 18.03.2010

Pressemitteilung

Bundesweites Netzwerk verhindert Agrarfabriken BUND Region Hannover ruft zu Briefaktion an Bundesministerin Aigner auf! Auch Region Hannover durch Megamast-Anlagen bedroht!

Die massive Investitionsförderung des Baus von Mega-Mastställen für Hühner und Schweine sowie die Zahlung von Exportsubventionen durch die Europäische Union für das dort erzeugte Fleisch, führt auch in der Region Hannover zum Bau riesiger Mastanlagen. So ist z.B. in Wennigsen am Deister der Bau eines Schweinemaststalles für 1.936 Schweine geplant. Das es sich dabei um „nur“ 1.936 Schweine handelt, hat System: Ab 2.000 Schweinen ist nämlich der Einbau von Filteranlagen für die Abluft vorgeschrieben. Da es sich hierbei um eine „privilegierte“ Anlage handelt, darf sie sogar in einem Landschaftsschutzgebiet gebaut werden. Die Bemühungen der Gemeinde Wennigsen, sich als Luftkurort am Deister einen Namen zu machen und Gäste anzulocken, werden damit stark beeinträchtigt.

In Wietze/Kreis Celle wurde bereits der Bau eines Grossschlachthofes für 2,5 Millionen Hühner in der Woche genehmigt. Zur „Auslastung“ dieses Schlachthofes ist nun der Bau von ca. 420 Hühnermastställen für jeweils knapp 40.000 Hühner im Umkreis von 100 km von Celle erforderlich. Auch hier liegt die Schwelle bei 40.000 Tieren, die den gesetzlichen Einbau von Filteranlagen vorschreibt, um Emissionen zu reduzieren. Der Bau dieser vielen Hühnermastställen wird garantiert auch die Region Hannover betreffen, wie der gestrigen Presse zu entnehmen ist (Bauern planen Mastbetriebe für Hähnchen) und damit viele Erholungsgebiete in unserer Region stark in Mitleidenschaft ziehen und Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete negativ beeinflussen!

Um dieser Entwicklung u.a. durch die massive Agrarförderung der EU entgegen zu treten, trafen sich in Hannover die Vertreter von 70 Bürgerinitiativen und Verbänden wie BUND, ProVieh, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und Deutschem Tierschutzbund zu ihrem 2. Bundestreffen des „Netzwerks Bauernhöfe statt Agrarfabriken“. Das Netzwerk wird die aktuell auf europäischer Ebene diskutierten Verbesserungen im Tierschutz- und Immissionsschutzrecht unterstützen - unter anderem durch Einflussnahme auf deutsche Richtlinien, die besseren Tierhaltungsvorschriften und einem verbesserten Schutz von Umwelt und Anwohnern vor Geruchs-, Keim- und Stickstoffbelastungen dienen sollen.

Laut Netzwerk wurden bereits einige geplante Schweine- und Geflügel-Großanlagen verhindert. Unerlässlich, so Netzwerk-Sprecher Eckehard Niemann, bleiben aber gesetzliche Verbesserungen hinsichtlich der Rechte der betroffenen Bürger und Ge-

meinden sowie eines Bauverbots von agrarindustriellen Großanlagen. Für die jetzt anstehenden Verhandlungen für die Agrarförderperiode der Europäischen Union von 2014 bis 2020 muss eine entscheidende ökologische Neuausrichtung gefordert werden. Nur so kann verhindert werden, dass Agrarkonzerne unsere bäuerliche Landwirtschaft abhängig machen und letztendlich zerschlagen und **Natur, Umwelt und die Landschaft unserer Calenberger Börde durch Megamast-Anlagen zerstören. Das Netzwerk und der BUND brauchen aber die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger. Daher ruft der BUND dazu auf, sich der Briefaktion an die Bundesministerin Aigner anzuschließen. Der Musterbrief ist auf der Website des BUND zu finden unter www.bund-hannover.de**

Rückfragen/Kontakt BUND Region Hannover:

Hannelore Plaumann, Tel.: 05109-9887

Anlage: Musterbrief an Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner

VisdP.: Sibylle.Maurer-Wohlitz@bund.net - BUND Region Hannover / Tel.: 0511-66 00 93

Absender:

Name:

Anschrift:

Mein Agrargeld gezielt für die Umwelt!

Sehr geehrte Frau Ministerin Aigner,

mit Sorge lese ich Ihre Aussagen zur Zukunft der europäischen Agrarpolitik. Sie wollen die Direktzahlungen verteidigen als eine „starke 1. Säule“ der Agrarsubventionen. Dabei sind die Umweltregeln für die Direktzahlungen derart weich, obwohl die intensive Landwirtschaft, die rund 13 Prozent der Klimaemissionen in Deutschland verursacht, maßgeblich für den Verlust der Artenvielfalt und für Nitrat im Trinkwasser verantwortlich ist. Eine Studie aus dem von Thünen-Institut Ihres Ministeriums belegt, dass Umwelt- und Tierschutzstandards in Deutschland die pauschalen Direktzahlungen nicht rechtfertigen. Ich lehne es ab, dass mein Steuergeld für pauschale Direktzahlungen verschwendet wird.

Sehr geehrte Frau Aigner, derzeit herrscht insbesondere am Milch- und Fleischmarkt Überproduktion. Die Folgen: Schlachthöfe, Molkereien und Supermärkte können die Preise in den Keller drücken. Bauernhöfe geben unter diesem Preisdruck in großer Zahl auf. In vielen Dörfern entstehen unterdessen riesige neue Ställe mit Massentierhaltungen, die oft von Konzernen finanziert werden. Wir brauchen aber keine neuen Megaställe angesichts der Überproduktion. Sie sind sich mit der Agrarindustrie einig, dass die Agrarüberschüsse auf den Weltmarkt exportiert werden sollen. Zu der Ansicht mag man kommen in einer Exportnation wie Deutschland. Doch Sie wollen die Agrarexporte im Jahr 2010 mit Steuergeldern aus Ihrem Ministeriumshaushalt in Höhe von insgesamt 8,5 Millionen Euro unterstützen. Die EU-Kommission plant im nächsten Jahr, Hunderte von Millionen Euro aus der 1. Säule für Exportförderung auszugeben. Ich lehne es ab, dass mit meinem Steuergeld die Exportgeschäfte weniger Konzerne subventioniert werden. Die Weltmarktpreise für Agrarprodukte liegen zumeist unter den Produktionskosten der Bauernhöfe hierzulande, sagt der Europäische Rechnungshof. Überschussproduktion und die Ausrichtung auf den Weltmarkt führen daher zu Preisdumping zum Schaden unserer Landwirte und der Bauern in Entwicklungsländern. Ihre Politik trägt zu einer verschärften Industrialisierung der Landwirtschaft, zu steigenden Klimaemissionen und zu steigender Armut bei.

Sehr geehrte Frau Ministerin, was bekomme ich für mein Steuergeld? Ich möchte klare Gegenleistungen für das Steuergeld, über das Sie in der Agrarpolitik bestimmen. Ich bin nicht bereit, für den Vorteil weniger Exportkonzerne die Nachhaltigkeit der ganzen Landwirtschaft aufs Spiel zu setzen. Ich will keine Massentierhaltungen und keine von der Industrie gesteuerte Landwirtschaft. Bitte setzen Sie sich in Berlin und Brüssel dafür ein, dass nicht mehr produziert wird, als wir in Europa brauchen. Sorgen Sie dafür, dass unsere Nutztiere statt in Massentierhaltungen wieder naturschutzverträglich auf die Weide kommen und das Grünland somit optimal erhalten wird. Nur mit neuen, nachhaltigen Zielen und mit einer grundlegenden Umverteilung der Agrarsubventionen erreichen wir die Klima-, Arten- und Wasserschutzziele, zu denen Deutschland sich verpflichtet hat. Nur mit einer Reform der Agrarpolitik können Sie einen Beitrag zum Klimaschutz leisten und mich von Ihrer Unabhängigkeit von der Agrarindustrie überzeugen.

Mit freundlichen Grüßen

Datum, Unterschrift

Bitte senden Sie den Brief unterschrieben an:

BUND-Niedersachsen e.V. – Postfach 1106 – 30011 Hannover, wir leiten die Schreiben weiter.